

Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

69. Jahrgang**Ausgegeben in Hannover am 21. April 2015****Nummer 5**

INHALT

Tag		Seite
7. 4. 2015	Verordnung über die Beiräte bei den Justizvollzugseinrichtungen nach dem Niedersächsischen Justizvollzugsgesetz (JVollzBeirVO) 34210 (neu)	66
9. 4. 2015	Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz 30000	68
7. 4. 2015	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Staatsvertrages zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Durchführung des Übertragungsverfahren für Milchquoten 78620	71

Verordnung
über die Beiräte bei den Justizvollzugseinrichtungen
nach dem Niedersächsischen Justizvollzugsgesetz
(JVollzBeirVO)

Vom 7. April 2015

Aufgrund des § 186 Abs. 2 und 3 des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes in der Fassung vom 8. April 2014 (Nds. GVBl. S. 106) wird verordnet:

§ 1

Regelungsbereich

Diese Verordnung regelt die Bildung von Beiräten bei den für den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe, der Untersuchungshaft und der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung bestimmten Anstalten des Landes Niedersachsen, ausgenommen Anstalten, die ausschließlich für den Vollzug der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung vorgesehen sind.

§ 2

Berufung der Mitglieder

(1) ¹Das Fachministerium beruft die Mitglieder der Beiräte. ²Zu berufen sind für eine Anstalt mit

1. weniger als 300 Plätzen drei Mitglieder,
2. 300 bis 399 Plätzen vier Mitglieder,
3. 400 bis 499 Plätzen fünf Mitglieder,
4. 500 bis 599 Plätzen sechs Mitglieder,
5. 600 bis 699 Plätzen sieben Mitglieder,
6. 700 oder mehr Plätzen acht Mitglieder.

³Maßgebend ist die am 1. Juli des Jahres, das der Berufung der Mitglieder vorausgeht, für die Anstalt festgesetzte Belegungsfähigkeit. ⁴Die Mitglieder sollen Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde sein, in der die Anstalt ihren Sitz hat. ⁵Hat eine Anstalt Standorte in mehreren Gemeinden, so soll mindestens ein Mitglied aus jeder Gemeinde berufen werden.

(2) ¹Das Fachministerium soll Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigen. ²In Anstalten für den Vollzug an Frauen soll mindestens die Hälfte der Mitglieder des Beirats aus Frauen bestehen. ³Die Mitglieder der Beiräte bei Jugendanstalten sollen in der Erziehung junger Menschen erfahren sein.

(3) Das Fachministerium teilt der Vollzugsbehörde die Anzahl der Mitglieder des Beirats und deren Verteilung auf die Gemeinden mit.

(4) ¹Auf Verlangen der Vollzugsbehörde unterbreitet der Landkreis oder die kreisfreie Stadt, in dessen oder deren Gebiet ein Standort der Anstalt liegt, Vorschläge für die Mitglieder des Beirats. ²In den Vorschlägen sollen Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. ³Es sollen mindestens zwei Personen mehr vorgeschlagen werden, als für die Gemeinde jeweils vorgesehen sind. ⁴Die Vollzugsbehörde leitet die Vorschläge mit einer Stellungnahme an das Fachministerium weiter.

(5) ¹Eine zweite Berufung eines Mitglieds ist zulässig. ²Eine dritte und eine weitere Berufung sollen nur erfolgen, wenn sie erforderlich sind. ³Schlägt ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt eine Person für eine dritte oder eine weitere Berufung vor, so hat er oder sie sich zur Erforderlichkeit zu äußern.

§ 3

Amtszeit, Nachberufung

(1) Die Amtszeit des Beirats dauert vier Jahre.

(2) ¹Scheidet ein Mitglied während der Amtszeit aus einem Beirat aus, so beruft das Fachministerium ein neues Mitglied, wenn dies aufgrund der verbleibenden Amtszeit und der festgesetzten Belegungsfähigkeit angezeigt ist. ²Das neue Mitglied ist aus dem Kreis der vorgeschlagenen Personen (§ 2 Abs. 4) auszuwählen. ³Steht danach eine Person nicht zur Verfügung, so ist entsprechend nach § 2 Abs. 4 zu verfahren.

(3) Wird eine Anstalt Teil einer anderen Anstalt, so werden die Mitglieder des Beirats der eingegliederten Anstalt Mitglieder des Beirats der anderen Anstalt.

§ 4

Erste Sitzung

¹Der Beirat kommt innerhalb von zwei Monaten nach der Berufung der Mitglieder zu seiner ersten Sitzung zusammen. ²In der Sitzung beschließt er mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder eine Geschäftsordnung.

§ 5

Abberufung, Untersagung der Tätigkeit

(1) ¹Die Mitglieder der Beiräte können vom Fachministerium abberufen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. ²Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Mitglied

1. seine Pflichten in grober Weise verletzt,
2. sich einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Justizvollzug als unwürdig erwiesen hat oder
3. seine Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben kann.

³Ein Mitglied ist abzuberaufen, wenn es hierum ersucht.

(2) ¹Liegt ein wichtiger Grund vor, so kann die Anstaltsleiterin oder der Anstaltsleiter einem Mitglied die Tätigkeit untersagen. ²Die Anstaltsleiterin oder der Anstaltsleiter holt die nachträgliche Zustimmung des Fachministeriums unverzüglich ein. ³Wird die Zustimmung nicht erteilt, so hat die Anstaltsleiterin oder der Anstaltsleiter die Untersagung unverzüglich aufzuheben.

§ 6

Entschädigung

(1) ¹Die Mitglieder der Beiräte erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Beirats ein Sitzungsgeld in Höhe von 12 Euro je Sitzungstag. ²Sie können statt des Sitzungsgelds eine Entschädigung für Zeitversäumnis, für Nachteile bei der Haushaltsführung und für Verdienstausschlag entsprechend den §§ 16 bis 18 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes verlangen.

(2) Für die Teilnahme an Tagungen, zu denen das Justizministerium eingeladen hat, wird Sitzungsgeld nach Absatz 1 Satz 1 gezahlt.

(3) Das Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen des Beirats und die Teilnahme an Tagungen nach Absatz 2 darf insgesamt 144 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigen.

(4) Die Mitglieder der Beiräte erhalten für Reisen zu Sitzungen des Beirats und zu Tagungen nach Absatz 2 Reisekostenvergütung nach den für Beamtinnen und Beamte des Landes geltenden Vorschriften.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2015 in Kraft.

Hannover, den 7. April 2015

Niedersächsisches Justizministerium

Niewisch-Lennartz

Ministerin

Verordnung
zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung
über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz

Vom 9. April 2015

Aufgrund

des § 55 a Abs. 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2014 (BGBl. I S. 1218), in Verbindung mit § 1 Nr. 6 der Subdelegationsverordnung-Justiz vom 6. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 244), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. März 2014 (Nds. GVBl. S. 71),

des § 55 a Abs. 1 Sätze 1 bis 4 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890), in Verbindung mit § 1 Nr. 17 der Subdelegationsverordnung-Justiz,

des § 46 c Abs. 2 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in Verbindung mit § 1 Nr. 15 der Subdelegationsverordnung-Justiz,

des § 130 a Abs. 2 Sätze 1 und 3 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890), auch in Verbindung mit § 4 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533), in Verbindung mit § 1 Nr. 48 a der Subdelegationsverordnung-Justiz,

des § 8 a Abs. 2 Sätze 1 und 2 des Handelsgesetzbuchs in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2409), auch in Verbindung mit

— § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), zuletzt

geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2085), und

— § 5 Abs. 2 Halbsatz 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2386),

jeweils in Verbindung mit § 1 Nr. 5 der Subdelegationsverordnung-Justiz,

des § 5 Abs. 4 Sätze 2 und 3 der Insolvenzordnung in Verbindung mit § 1 Nr. 29 der Subdelegationsverordnung-Justiz,

des § 14 Abs. 4 Sätze 1, 2 und 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Juni 2014 (BGBl. I S. 786), in Verbindung mit § 1 Nr. 4 der Subdelegationsverordnung-Justiz,

§ 65 a Abs. 1 Sätze 1 bis 4 und 6 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2187), in Verbindung mit § 1 Nr. 16 der Subdelegationsverordnung-Justiz

wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlage (zu § 1) der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz vom 21. Oktober 2011 (Nds. GVBl. S. 367), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 2014 (Nds. GVBl. S. 284), erhält die aus der **Anlage** ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 9. April 2015

Niedersächsisches Justizministerium

Niewisch-Lennartz

Ministerin

Anlage„Anlage
(zu § 1)**Zulassung der Einreichung von elektronischen Dokumenten**

Gericht	Verfahren	Zeitpunkt
Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen Sozialgericht Aurich Sozialgericht Braunschweig Sozialgericht Hannover Sozialgericht Hildesheim Sozialgericht Lüneburg Sozialgericht Oldenburg Sozialgericht Osnabrück Sozialgericht Stade	in allen sozialgerichtlichen Verfahren	ab 1. Mai 2015 ab 1. November 2015 ab 1. Mai 2015 ab 1. November 2015 ab 1. November 2015 ab 1. November 2015 ab 1. November 2015 ab 1. November 2015 ab 1. November 2015
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht Verwaltungsgericht Braunschweig Verwaltungsgericht Göttingen Verwaltungsgericht Hannover Verwaltungsgericht Lüneburg Verwaltungsgericht Oldenburg Verwaltungsgericht Osnabrück Verwaltungsgericht Stade	in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren	seit dem 1. November 2011 seit dem 1. November 2013 seit dem 1. November 2013 seit dem 1. November 2013 seit dem 1. November 2011 seit dem 1. November 2013 seit dem 1. November 2013 seit dem 1. November 2013
Landesarbeitsgericht Niedersachsen Arbeitsgericht Braunschweig Arbeitsgericht Celle Arbeitsgericht Emden Arbeitsgericht Göttingen Arbeitsgericht Hameln Arbeitsgericht Hannover Arbeitsgericht Hildesheim Arbeitsgericht Lingen (Ems) Arbeitsgericht Lüneburg Arbeitsgericht Nienburg (Weser) Arbeitsgericht Oldenburg (Oldenburg) Arbeitsgericht Osnabrück Arbeitsgericht Stade Arbeitsgericht Verden (Aller) Arbeitsgericht Wilhelmshaven	in allen arbeitsgerichtlichen Verfahren	seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2011 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014 seit dem 1. November 2014
Amtsgericht Aurich Amtsgericht Bersenbrück Amtsgericht Braunschweig Amtsgericht Bückeburg Amtsgericht Celle Amtsgericht Cloppenburg Amtsgericht Cuxhaven Amtsgericht Delmenhorst Amtsgericht Gifhorn Amtsgericht Göttingen Amtsgericht Goslar Amtsgericht Hameln	in allen insolvenzrechtlichen Verfahren	seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012

Gericht	Verfahren	Zeitpunkt
Amtsgericht Hannover Amtsgericht Hildesheim Amtsgericht Holzminden Amtsgericht Leer (Ostfriesland) Amtsgericht Lingen (Ems) Amtsgericht Lüneburg Amtsgericht Meppen Amtsgericht Nordenham Amtsgericht Nordhorn Amtsgericht Oldenburg (Oldenburg) Amtsgericht Osnabrück Amtsgericht Osterode am Harz Amtsgericht Stade Amtsgericht Syke Amtsgericht Tostedt Amtsgericht Uelzen Amtsgericht Vechta Amtsgericht Verden (Aller) Amtsgericht Walsrode Amtsgericht Wilhelmshaven Amtsgericht Wolfsburg	in allen insolvenzrechtlichen Verfahren	seit dem 1. November 2011 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012 seit dem 1. April 2012
Amtsgericht Aurich Amtsgericht Braunschweig Amtsgericht Stadthagen Amtsgericht Göttingen Amtsgericht Hannover Amtsgericht Hildesheim Amtsgericht Lüneburg Amtsgericht Oldenburg (Oldenburg) Amtsgericht Osnabrück Amtsgericht Tostedt Amtsgericht Walsrode	in allen Verfahren der Handelsregistersachen und der Genossenschaftsregistersachen	seit dem 1. Januar 2007
Amtsgericht Aurich Amtsgericht Braunschweig Amtsgericht Stadthagen Amtsgericht Göttingen Amtsgericht Hannover Amtsgericht Hildesheim Amtsgericht Lüneburg Amtsgericht Oldenburg (Oldenburg) Amtsgericht Osnabrück Amtsgericht Tostedt Amtsgericht Walsrode	in allen Verfahren der Vereinsregistersachen	seit dem 1. November 2011
Amtsgericht Hannover	in allen Verfahren der Partnerschaftsregistersachen	seit dem 1. Januar 2007 “.

B e k a n n t m a c h u n g
über das Außerkrafttreten des Staatsvertrages
zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein,
Freie Hansestadt Bremen und Freie und
Hansestadt Hamburg über die Durchführung
des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten

Aufgrund des Artikels 10 Abs. 2 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg vom 29. Juni/19. Oktober 2009 über die Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens für Milchquoten (Nds. GVBl. 2010 S. 177) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag mit Ablauf des 31. März 2015 außer Kraft getreten ist.

Hannover, den 7. April 2015

Niedersächsisches Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

In Vertretung

S c h ö r s h u s e n

Staatssekretär

Lieferbar ab April 2015

Einbanddecke inklusive CD



**Fünf Jahrgänge
handlich
auf einer CD!**

Jahrgänge 2010 bis 2014:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung
ergänzend zur Einbanddecke.



→ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2014
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke Niedersächsisches Ministerialblatt 2014
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405

schlütersche
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG